

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonntagabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Salostraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Sdb., fl. 1. 5sterr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Die Berliner Polizei

hat die vorige Nummer unseres Blattes confiscirt. Eine zweite Auflage ist inzwischen bereits verschickt worden.

Politischer Theil.

Berlin, 9. August.

Ueber die Stimmung in Süddeutschland geht uns von einem competenten Beurtheiler eine Correspondenz zu, die, obwohl sie durch den unregelmäßigen Postenlauf etwas verspätet eingetroffen ist, doch noch von Interesse sein dürfte. Dieselbe lautet:

Magdeburg, 30. Juli. Da wir in letzter Zeit auf mehrfachen Kreuz- und Querfahrten durch Süddeutschland die hier herrschende Stimmung genau kennen zu lernen die Gelegenheit hatten, dürfte es nicht ganz ohne Werth für Ihre Leser sein, wenn wir ihnen in wahrheitsgetreuer objectiver Schilderung diese Stimmung zu kennzeichnen suchen. In Frankfurt, dessen Preußenhaß, geschürt durch die dortige Presse, nahezu sprichwörtlich geworden ist, fanden wir fast keine Spur mehr davon, dagegen desto mehr Furcht vor den preussischen Soldaten, obwohl man von diesen keinerlei Anlaß dazu erhalten. Alle Berichte der süddeutschen Presse über Gewaltthätigkeiten und Brutalitäten, die von preussischen Offizieren oder Soldaten an den Bürgern begangen sein sollten, haben wir als tendenziöse Fälschungen erkannt. Frankfurter Bürger legten zahlreiche Zeugnisse ab, daß die preussischen Soldaten, insbesondere die Landwehrmänner ihnen durch die größte Bescheidenheit ihrer Forderungen das drückende Loos der Einquartierung zu erleichtern suchten. Von Frankfurt gelangten wir auf einem „wadeligen“ Fuhrwerke, für welches wir dreißig Gulden zu bezahlen hatten, halbtodt vor Hitze und Staub nach Heidelberg. In dieser von jeher preußenfreundlichen Stadt fanden wir nicht nur keine Spur von Furcht vor preussischer Einquartierung, sondern allgemein lebhaftes Sympathien für Norddeutschland; man hegt dort allgemein die Hoffnung, daß durch die preussischen Siege die Gründung eines mächtigen deutschen Einheitsstaates gesichert sei; diese Hoffnung fanden wir allerdings häufig getrübt durch die Furcht vor einer Trennung Deutschlands in eine nördliche und eine südliche Staatengruppe. „Nieber totale Einverleibung, lieber selbst Bismarck'schen Absolutismus, als dieses Unheil,“ sagen die Verständigen. „Die süddeutsche Opposition würde in die preussische Kammer ein neues Leben und neue Kraft bringen, an ihr müßte der preussische Absolutismus scheitern, den zum großen Theil die preussische Fortschrittspartei durch ihr kraftloses Auftreten im Abgeordnetenhaus auf dem Gewissen habe.“ In Stuttgart dagegen san-

den wir die Stimmung wesentlich anders. Allerdings existirt auch dort eine muthige Minoritätspartei, die in diesem Augenblick Deutschlands einziges Heil in Preußen erwartet und ein Aufgehen Preußens in ganz Deutschland wünscht, dagegen eine Trennung nach der sogenannten Mainlinie für Deutschlands größtes Unglück hält; aber der überwiegend größere Theil der dortigen Bevölkerung und der Landesvertretung zeigt einen fanatischen Preußenhaß, der durch die Presse, insbesondere den „Württembergischen Staatsanzeiger“ und den „Beobachter“, einem Organ der sogenannten Volkspartei, fortwährend und mit allen, selbst den unsaubersten Mitteln geschürt wird. Dadurch allein läßt sich die Niederlage erklären, welche die schwäbische Fortschrittspartei in einer unlängst abgehaltenen Volksversammlung erlitt, der sie eine Resolution vorlegte, in welcher gegen die Einmischung Frankreichs in die deutschen Angelegenheiten protestirt und auf Frieden mit Preußen angetragen wurde. Der erste Theil der Resolution ging zwar durch, der zweite aber wurde, Dank der Bierlich-Beredsamkeit des Herrn Karl Maier, der den Grafen Bismarck zum großen Ergötzen seiner blinden Anhänger und der vollzählig anwesenden mit Geschick im Saale vertheilten Jugendwehr, als einen „Satanas, der den Kopf eines — — Königs beherrsche“, an die Wand malte. Seine übrigen Auslassungen gegen den preussischen Minister übergeben wir, weil Ihre Leser sicherlich dabei ebenso sehr den Ernst verlieren würden, als Karl Maier's begeisterte Anhänger, denen das erschütterte Zwerchfell bloß noch zu klatschen und zu staunen, aber keinen Bravoruf mehr erlaubte.**) Selbstverständlich wurden die Männer, die für die Resolution sprachen, wie Hölzer, Wächter, G. Pfeifer, der schwäbische Dichter Rotter u. A. mit Rischen, Pfeifen, Geschrei, Rufen nach Schluß u. s. w. insultirt. Auch der Ruf „Hinans“ wurde mehrmals vernommen. Dies war die Komödie, die uns ein Mann vorspielte, der das Organ seiner Partei zur eitelsten Selbstverherrlichung benutzte und auf dieselbe Weise redigirt, wie er vielleicht vor Alters die Kneipzeitung der Tübinger Burschenschaft schrieb. Jetzt sind nun vollends die Anreißer der „Neuen Frankfurter Zeitung“, die Herren Kolb, Rödel und die „bekannte Capacität“**) Sonnemann dort und treiben ihr ridiculöses Unwesen fort, bis ihnen auch in Schwaben das Handwerk gelegt werden wird. Das Gebahren dieser Leute sollte doch wahrlich dem schwäbischen Volke die Augen öffnen; nachdem sie durch die maßlosesten Schimpfereien und Fälschungen über das preussische Volk und die preussische Armee zum größten Theile die jetzige Noth Frankfurts auf ihr weites Gewissen geladen, wollen sie vielleicht über das verblendete Stuttgart, das ihnen ein gastliches

*) Seine Schwärmungen auf das Volk in Preußen, an denen er es gleichfalls nicht fehlen ließ, mögen ihm die Götter und das deutsche Volk verzeihen.
**) Nach dem „Neuen Stuttgarter Tageblatt“.

Ashl gewährte, zum Dank dafür dasselbe Unglück bringen. Ebenso groß als der Haß gegen die Preußen ist aber die Furcht — insbesondere der Frauen — vor denselben, woran wiederum die Fälschungen eines Theiles der württembergischen Presse über das preussische Heer Schuld sind. Die Mehrzahl der Bevölkerung glaubt, die Preußen haufen nach Art der Kaiserlichen unter Tilly, und diese Meinung herrscht nicht nur in den Ungebildeten, sondern auch und zwar fast durchgehends in den höheren und gebildeten Kreisen. Dafür sowie für den blinden Preußenhaß eines Theiles der Stuttgarter Bewohner wollen wir ein schlagendes Beispiel anführen. Ein hochgebildeter Beamter jammerte in einer Gesellschaft, in der wir selber anwesend waren, wie entsetzlich die Preußen in Freundesland haufen; wir ersuchten ihn, uns nur ein einziges dieser entsetzlichen Beispiele anzugeben; er konnte es nicht; wir erinnerten ihn nun an das Faktum, daß böhmische Einwohner den preussischen Verwundeten auf dem Schlachtfelde von Sadowa die Augen ausgestochen — „Da haben sie Recht gehabt, ich hätte es auch so gemacht“. So spricht man in württembergischen Beamtenkreisen. — In Ulm dagegen fanden wir die Stimmung wesentlich anders; mit Ausnahme eines vom guten Bier exaltirten Schwabenjünglings, eines Fabrikantensöhneleins aus Pfuldingen, der als Freiwilliger in die württembergische Armee eintreten wollte, „um wenigstens,“ wie er sagte, „einen Preußen zu erschießen,“ war die Stimmung der Einwohner durchaus für den Frieden und zwar für den Frieden unter jeder Bedingung. Hinsichtlich des exaltirten Schwabenjünglings ist es gewiß charakteristisch, daß, wie er uns im Drange seines offenen Herzens mittheilte, er ohnedies die Aussicht hätte, in vier Wochen, falls der Krieg fortanerte, zur Armee einberufen zu werden, seiner ganzen Kriegsbereitschaft also eigentlich mehr die Speculation zu Grunde lag, als freiwillig Eintretender nicht die Rusfete schleppen zu müssen, sondern gleich das Fährnißportepce zu erhalten, „wie es so Sitte im Lande Schwaben.“ Als wir ihm nun aber klar machten, daß es sich in diesem Kampfe des Südens gegen Preußen im Grunde nur um die Erhaltung dynastischer Particularinteressen handle, um eine Sache also, für die sich das Volk gewiß nicht begeistern würde, wenn sie ihm bekannt wäre, daß ferner das preussische Volk diesen Krieg ebensowenig verschuldet habe, als das Volk in Süddeutschland, derselbe vielmehr eine natürliche Folge des österreichisch-preussischen Dualismus, der Mangelhaftigkeit der deutschen Bundesverfassung und des Fehlens einer mächtigen radikalen, sich an keine der bestehenden Dynastien anlehenden Nationalpartei sei, sowie, daß jetzt Württemberg in diesem längst entschiedenen Kampfe gewiß nicht mehr den Ausschlag geben werde, da gab er zu, daß wir Recht hätten, daß er die Sache von dieser Seite bisher noch nicht angesehen habe. Doch bleiben wir bei den Ulmern! Die Gesin-

nung der dortigen Bürger ist gegen die Festungsbesatzung unter solchen Umständen nicht besonders freundlich. In Bayern, wo wir dem entschiedenen Preußenhass zu begegnen erwartet hatten, wurden wir nicht wenig überrascht, als uns in dem kleinen Landstädtchen Günzburg, dem ersten Orte, in dem wir uns aufhielten, von alledem keine Spur entgegentrat. Selbst bei dem Landvolke, sogar bei den Frauen nicht, die doch der Beeinflussung durch den hier herrschenden Ultramontanismus am meisten ausgesetzt sind; dagegen herrschte der verbissenste Grimm gegen Oesterreich, das man allgemein des Verrathes an seinen Bundesgenossen beschuldigt, gegen die ultramontane Partei und gegen das Ministerium v. d. Pfordten, denen man, mit Recht, die ganze Schuld an der Theilnahme Bayerns am Kriege zuschreibt. Noch ärger fanden wir es in Augsburg, wo wir vor einigen Tagen anlangten. „Frieden unter jeder Bedingung“, rief es an allen Ecken und Enden, „für was schlagen wir uns,“ sprachen selbst die Soldaten. Als am selben Tage die Nachricht von den angeblichen Siegen bei Würzburg hierher gelangte, glaubte Niemand an die Wahrheit derselben. Am Sonnabend fand eine große Volksversammlung statt, welche folgende Resolution faßte:

Die Versammlung erklärt: Wir verwerfen mit aller Entschiedenheit eine Spaltung Deutschlands nach der Mainlinie und einen Anschluß der südwestdeutschen Staaten an dem zu erwartenden und zu ererbenden deutschen Bundesstaate und Parlamente, und wir verlangen den Frieden, weil die Fortsetzung des Krieges nicht zur Erreichung nationaler Ziele, sondern nur zu unserm politischen und ökonomischen Verderben führt. Wir halten deshalb für notwendig und erwarten, daß Männer mit der Leitung der bayerischen Staatsgeschäfte betraut werden, welche fähig und gewillt sind, in dem bezeichneten Sinne zum Heile Deutschlands und Bayerns zu wirken.

Die Resolution ward begründet von den Herren Mühlischlägel, Kaunmayer und dem bekannten fortschrittlichen Landtagsabgeordneten Dr. Böll. Alle drei sprachen sich ebenso entschieden für den Frieden, als gegen eine Trennung Süddeutschlands von Norddeutschlands aus und unterwarfen die politische Thätigkeit des Ministerpräsidenten v. d. Pfordten einer rücksichtslosen Kritik. Die Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen; auch eine Agitation unter den bayerischen Abgeordneten zu demselben Zwecke wird Dr. Böll, der gegenwärtig der populärste Mann in Augsburg ist, in's Werk setzen, wie er uns selbst versicherte. Ueber das Benehmen der Herren Ködel und Kolb aus Frankfurt, die gegenwärtig in Stuttgart eine Unterkunft gefunden, sowie des Redacteurs des „Stuttgarter Beobachters“ sprach er und spricht man allgemein hier mit großer Indignation. An Kolb und Karl Maier habe er selbst geschrieben, um sie zu einer gemeinsamen Agitation gegen eine etwaige französische Einmischung zu veranlassen; Karl Maier sei ihm die Antwort schuldig geblieben. Der „Patriot“ Kolb habe für ihn einen Leitartikel in der „Neuen Frankf. Ztg.“ gegeben, indem er in einem Artikel auseinandersetzte, daß man unter Umständen mit Frankreich gegen Preußen kämpfen müsse. In München, der Haupt- und Residenzstadt Baiens, das, wie mehr oder minder alle Residenzen, zahlreiche Kreise enthält, welche größtentheils vom Hofe leben, und welches fürchtet, es könnte, zu einer Provinzialstadt herabsinkend, einen Theil seines jetzigen Glanzes einbüßen, herrscht, wenn man von den oben bezeichneten und den ultramontanen, aber keineswegs maßgebenden Kreisen absteht, nichts weniger als Kriegsbegeisterung und bayerischer Patriotismus. Man ist im höchsten Grade empört über die unverantwortliche Kriegsführung und wir bekamen an öffentlichen Orten Dinge zu hören, die nicht für das Ohr eines Dieners der heiligen Hierarchie geeignet gewesen wären. Indem wir uns ausführlichen Bericht über unsere Beobachtungen in „Nar-Neben“ vorbehalten, fähren wir für heute nur an, daß wir vorgestern dort einer Versammlung des Volksvereins beiwohnten, in welcher dieser einem Vertrage des Vorsitzenden, Herrn Dr. Kubener, einstimmig beipflichtete, und beschloß, entschieden Protest gegen die Zerstückung Deutschlands auszusprechen und den englischen Anschluß Süddeutschlands an Norddeutschland als die einzige Politik zu em-

pfehlen, welche dem deutschen Vaterlande einen dauernden Frieden geben und die Wünsche des Volks nach einem Parlament erfüllen könne. Faßten wir die Eindrücke unserer bisherigen Reise im Süden kurz zusammen, so müssen wir sagen: Allerwärts will man den Frieden in Deutschland und die Einheit um jeden Preis; erkennt es als Pflicht Preußens an, letztere zu verwirklichen, auch auf die Gefahr hin, Drohungen des Auslandes in Erfüllung gehen zu sehen, in welchem Falle ganz Deutschland wie Ein Mann zu Preußen stehen und die ohnehin machtlosen partikularistischen Regierungen ihrem verdienten Schicksale überlassen würde. Zögere daher Preußen, welches die Operation am deutschen Staatskörper mit „Blut und Eisen“ zu vollziehen gewagt, und dadurch eine große Verantwortung auf sich geladen hat, keinen Augenblick, die Operation zu vollenden und eine dauernde Heilung des Kranken herbeizuführen. Mit England und Italien im Bunde hat das geeinigste Deutschland weder Frankreich noch Rußland zu fürchten, die ohnehin des Friedens bedürfen im eigenen Lande.

N u n d s c h a u.

Berlin, 9. August.

Für Deutschland steht der Friedensschluß vor der Thüre; die offiziöse preussische „Provinzial-Correspondenz“ schreibt darüber:

Die Friedensverhandlungen mit Oesterreich sind durch den Grafen Bismarck in Nicolzburg so weit gefördert worden, daß nur noch einzelne Fragen von geringerer Erheblichkeit zu erledigen bleiben. Die noch erforderlichen Verhandlungen werden durch unsere früheren Gesandten am Wiener Hofe, Baron v. Werther, in Prag geführt, wohin derselbe sich heute begeben hat. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Verhandlungen, falls nicht ganz unerwartete Zwischenfälle eintreten, zu einem baldigen Abschlusse gelangen. (Wie es heißt, sollen die Verhandlungen schon am 10. zum Abchlusse kommen.) Mit den Süddeutschen Staaten wird über den von ihnen erbetenen Frieden in Berlin und zwar mit jedem besonders verhandelt werden. Die Vertreter derselben sind meistens bereits eingetroffen. In Betreff der von Preußen in Besitz zu nehmenden Länder in Norddeutschland werden die erforderlichen vorläufigen Anordnungen in naher Zeit ergehen, vorbehaltlich der weiteren verfassungsmäßigen Regelung der bezüglichen Verhältnisse im Einverständniß mit der Preussischen Landesvertretung.

Von Seiten Württembergs sind die Minister v. Barmhüter und General Hardegg zu den Friedensverhandlungen abgeordnet und bereits in Berlin eingetroffen. Nach Aulassung officieller Correspondenzen wäre die vollständige Annexion der von Preußen nördlich vom Main occupirten Länder, mit Ausnahme Sachsens, eine ausgemachte Sache. Doch solle eine Uebergangsstadium eintreten, während des die eigenthümlichen Verhältnisse der verschiedenen mit Preußen zu vereinigenden Länder in Gesetzgebung und Vertretung möglichst geschont werden sollen. Auch machen sich schon süddeutsche Blätter darauf gefaßt, daß selbst Bayerns Territorial-Integrität bei dem Friedensschlusse nicht gewahrt bleiben dürfte. Herr v. Dalwigk, der mit dem Grafen Bismarck im Gegenjatz zu den übrigen Ministern der feindlichen Bundesstaaten am zuvorkommendsten in Nicolzburg verkehrte, suchte dort den preussischen Minister-Präsidenten zu bewegen, das Prinzip der freien Volksabstimmung bezüglich der in Nord- und Mitteldeutschland zu vollziehenden Territorialveränderungen in Anwendung zu bringen. Diesem Vorschlag zeigte sich Hr. v. Bismarck aber durchaus nicht hold. Für die nord-schleswigschen Districte scheint das Prinzip nur aus Rücksicht auf Frankreich zugestanden zu sein. Im Gegenjatz zu diesen An aben behauptet die „Volkszeitung“, daß in Berlin ziemlich allgemein das Gerücht verbreitet sei, daß die Annexion der betreffenden Länder wieder in Frage stände. Sogar werde gleichzeitig verbreitet, daß Graf v. Bismarck Aeußerungen gethan habe, welche auf die Möglichkeit hindeuten, daß eine Erneuerung des Kampfes nicht ganz außer dem Bereich der Möglichkeit liege. Vielleicht steht damit eine Notiz der „Prov.-Corr.“ nicht außer Zusammenhang. Dieselbe lautet:

Der General von Mantuffel, General-Adjutant Sr. Maj. des Königs und Oberbefehlshaber der Main-Armee, ist gestern Abend in besonderer Sendung an den

Kaiserlichen Hof in Petersburg gegangen. Rußland nimmt sowohl als Europäische Großmacht, wie auch wegen der vielfachen verwandtschaftlichen Beziehungen der Kaiserlichen Familie mit Deutschen Fürstenthümern, einen lebhaften Antheil an den Veränderungen in Deutschland. Die freundschaftlichen Beziehungen, welche zwischen dem Preussischen und der Russischen Regierung bestehen, mochten es angemessen und wünschenswerth erscheinen lassen, der letzteren in Betreff der notwendigen Gesichtspunkte und Schritte Preußens in jener Beziehung nähere vertrauliche Mittheilungen zu machen. Die wegen der vermeintlichen Stellung Rußland zu den in Rede stehenden Fragen hier und da verbreiteten Besorgnisse dürften sich bald als unbegründet erweisen.

Die Grundlosigkeit dieser Besorgnisse dürften aber eben noch abzuwarten sein. Besonders eifrig sollen die Bemühungen zu Gunsten der hannoverschen Königsfamilie sein, so man will sogar wissen, daß der Kronprinz von Hannover in Berlin sei, um nöthigenfalls rechtzeitig zu den Verhandlungen hinzugezogen werden zu können. Ueber die Stellung Luxemburgs nach Auflösung des deutschen Bundes war bisher noch nichts bekannt geworden. Die „Independance belge“ vermerkt jetzt, daß die mit dem König-Großherzog darüber gepflogenen Verhandlungen zu keinem Ziele geführt hätten, da der König-Großherzog für das Großherzogthum eine unabhängige Stellung vorziehe.

Die „Karlsruher Ztg.“ veröffentlicht den zwischen Preußen und Baden abgeschlossenen Waffenstillstand. Für die Dauer des bis zum 22. August laufenden Waffenstillstandes dürfen die badischen Truppen keine nördlich von Karlsruhe gelegene Stellung einnehmen. Die preussischen Truppen dagegen können das badische, auf dem rechten Neckarufer gelegene Gebiet nebst den Städten Heidelberg und Mannheim militärisch besetzen und zu den Cantonnements benutzen.

Von den siebenzehn norddeutschen Regierungen, welche in wiederholten Zuschriften Seitens Preußens zu den Vorbereitungen für die Parlamentswahlen eingeladen wurden, sollen sieben bis zehn diese Vorbereitungen beendet haben, andere noch im Rückstande sein, einige wenige noch gar nicht geantwortet haben.

Der deutsche Bund kann noch immer nicht sterben. Es wird seiner schuldbeladenen Seele schwer, seine irdische Hülle zu verlassen; die sich zuweilen noch in trampfhaften Zudungen regt. Am 4. August hat noch eine Sitzung stattgefunden. Was dort verhandelt, kann aber füglich der Vergessenheit anheimgegeben werden. — In Hannover ist die dort erscheinende „Landeszeitung“ von dem preussischen Civilkommissar unterdrückt worden. Wir wissen nicht, die wievielte unterdrückte Zeitung in den von Preußen eroberten und besetzten deutschen Landen das ist. Jedenfalls ist die Zahl schon beträchtlich, doch glauben wir kaum, daß ein zu scharfes Vorgehen gegen die Presse ein geeignetes Mittel ist, um sich die Sympathieen des deutschen Volkes zu erwerben, wenn wir auch zugeben, daß der Kriegszustand in manchen Beziehungen einen Ausnahmezustand rechtfertigt. — Aus München wird berichtet, daß das Gerücht von dem Rücktritt v. d. Pfordtens unbegründet sei. Man nimmt als zuverlässig an, daß Hr. v. Bismarck, unter dem jetzt in Preußen, wie der Leitartikelschreiber der „Berliner Reform“ versichert, eine „Neue Aera“ angebrochen sei, in Consequenz dieser neuen Aera, den Rücktritt des reactionären Ministeriums Pfordten als Friedensbedingung stellen werde. — Wie die Wiener „Debatte“ behauptet, hat Kaiser Napoleon einen Brief an den Kaiser von Oesterreich gerichtet, in welchem darauf hingewiesen wird, daß eine italienische Invasion in Venetien, welches von Oesterreich an Frankreich abgetreten sei, keineswegs ein Präjudiz für die bevorstehenden Friedensverhandlungen abgeben könne; die Cession habe für Frankreich ein Recht begründet, welches von der Florentiner Regierung weder in Abrede gestellt, noch ignoriert werden dürfe.

In Paris erregt es allgemeines Aufsehen, daß der Kaiser plötzlich von Bichy, wohin er eines Unterleibsleidens wegen, das ihm große Schmerzen verursacht, gegangen war, nach St. Cloud zurückgekehrt ist, wo er am 7. Abends eingetroffen. Die Schwierigkeiten zwischen Oesterreich und Italien haben eine Höhe erreicht, welche nichts Gutes ver-